

**Dringlicher Berichts Antrag****Fraktion DIE LINKE****Rassismus und Mobbing beim Ersten Polizeirevier in Frankfurt**

Am 20.06.2023 veröffentlichte die Frankfurter Rundschau online einen Artikel mit dem Titel „Mobbing im Ersten Polizeirevier“. Nach Recherchen der Frankfurter Rundschau ist ein Polizist mit arabischem Vornamen derart von seinen Kolleginnen und Kollegen gemobbt worden, dass er schließlich einer Versetzung in ein anderes Revier zustimmte. Gegen die mutmaßlichen Täterinnen und Täter laufen nun strafrechtliche Ermittlungen.

Die Landesregierung wird ersucht, im Innenausschuss über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Laut dem Artikel in der Frankfurter Rundschau hatte sich im Anschluss an personelle Veränderungen durch Versetzungen eine „Konfliktsituation“ im Ersten Polizeirevier ergeben.
 - a. Um welche personellen Veränderungen handelte es sich hier? Waren dies reguläre personelle Veränderungen, oder hatten diese einen anderen Auslöser?
 - b. Welcher Art war die entstandene „Konfliktsituation“ im Ersten Polizeirevier?
 - c. Wie viele Beamtinnen und Beamte waren Teil der „Konfliktsituation“?
 - d. Wie haben Dienststellenleitung und Präsidium versucht die „Konfliktsituation“ zu lösen?
 - e. Zu welchem Zeitpunkt haben Dienststellenleitung, Präsidium sowie der Innenminister vom Vorliegen der „Konfliktsituation“ erfahren?
 - f. Gab es dienstrechtliche Konsequenzen für die betreffenden Beamtinnen und Beamte? Wenn ja, gegen wie viele?
2. Laut dem Artikel in der Frankfurter Rundschau seien bei der Bearbeitung der „Konfliktsituationen“ Vorwürfe gegen eine Gruppe von Beamtinnen und Beamte aufgekommen, die einen Kollegen ausgegrenzt und gemobbt haben sollen.
 - a. Um welche Vorwürfe handelt es sich?
 - b. Wie wurde von diesen Vorwürfen Kenntnis erlangt?
 - c. Wie kommt es zur Einschätzung des Polizeipräsidiums Frankfurt gegenüber der Frankfurter Rundschau, dass bisher keine Hinweise darauf vorliegen, dass der betroffene Polizist rassistisch beleidigt worden ist?
 - d. Gegen wie viele Beamtinnen und Beamte war der Verdacht des Mobbings und der Ausgrenzung aufgekommen?
 - e. Welchen Dienstgrad und welches Dienstalter haben die Beamtinnen und Beamte jeweils?
 - f. Sind die Beamtinnen und Beamte jeweils noch im Dienst?
 - i. Wenn ja, sind sie weiterhin im Ersten Polizeirevier eingesetzt?
 - ii. Wurden ihre Dienstbezüge gekürzt?
 - g. Gegen wie viele Beamtinnen und Beamte laufen im Zusammenhang mit dem Verdacht des Mobbings gegen einen Kollegen strafrechtliche Ermittlungen? Was sind jeweils die strafrechtlichen Tatvorwürfe? In welchem Stadium befinden sich die Ermittlungen?
 - h. Gegen wie viele Beamtinnen und Beamte laufen im Zusammenhang mit dem Verdacht des Mobbings gegen einen Kollegen dienstrechtliche Ermittlungen? In welchem Stadium befinden sich diese Ermittlungen?
 - i. Welche weiteren Maßnahmen wurden im Ersten Polizeirevier getroffen, um den Vorfall aufzuarbeiten?
3. Laut dem Artikel in der Frankfurter Rundschau sei der betroffene Polizist im Oktober auf ein anderes Revier versetzt worden.

- a. Welche weiteren Vorschläge wurden von den Dienstvorgesetzten gemacht, außer der Versetzung?
 - b. Welche weiteren Maßnahmen oder Hilfen wurden dem Betroffenen durch Dienststellenleitung oder Präsidium angeboten? Welche davon hat der Betroffene angenommen?
 - c. Gilt eine Versetzung innerhalb der Polizei als Bestrafung?
 - d. Hat die Polizeiführung versagt, wenn als Konsequenz eines Mobbingfalls in der Hessischen Polizei der Betroffene versetzt wird?
4. Ende Februar hat die Fraktion DIE LINKE eine Kleine Anfrage zum Thema Mobbing in der Hessischen Polizei eingereicht. Trotz, dass diese gem. § 35 Abs.3 GO HLT innerhalb von sechs Wochen beantwortet werden soll, steht eine Beantwortung bis heute aus.
- a. Wie bewertet die Landesregierung die Qualität und Quantität von Mobbing in der Hessischen Polizei?
 - b. Welche grundsätzlichen Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung aus dem aktuellen Vorfall im Ersten Polizeirevier?
 - c. Wie bewertet die Landesregierung ihre Strategie der Fehler- und Führungskultur vor dem Hintergrund dieses erneuten Vorfalls?
5. Das erste Polizeirevier war bisher insbesondere aufgrund unzulässiger Datenabfragen und anschließender rechter Drohschreiben mit dem Absender „NSU 2.0“ sowie aufgrund von rechten Chatgruppen mit rassistischen, antisemitischen, ableistischen und menschenverachtenden Inhalten negativ aufgefallen.
- a. Wie viele Beamtinnen und Beamte, gegen die wegen des Mobbing-Falls ermittelt wird, waren auch Teil der rechten Chatgruppe „Itiotentreff“? Wurden gegen diese Beamtinnen und Beamte in der Vergangenheit aufgrund dessen disziplinarrechtliche und/oder strafrechtliche Verfahren eingeleitet? Wenn nein, warum nicht?
 - b. Wie viele Beamtinnen und Beamte, gegen die wegen des Mobbing-Falls ermittelt wird, waren auch Teil der Chatgruppe „Suzie, Homies and Friends“, in der ein Bild eines inzwischen suspendierten Beamten in SS-Uniform auf einer Torte geteilt wurde? Wurden gegen diese Beamtinnen und Beamte in der Vergangenheit aufgrund dessen disziplinarrechtliche und/oder strafrechtliche Verfahren eingeleitet? Wenn nein, warum nicht?
 - c. Laufen gegen die Beamtinnen und Beamte, gegen die wegen des Mobbing-Falls ermittelt wird, bereits anderweitige Ermittlungs- bzw. Strafverfahren? Wenn ja, wo sind diese Verfahren anhängig?
 - d. Laufen gegen die Beamtinnen und Beamte, gegen die wegen des Mobbing-Falls ermittelt wird, bereits anderweitige Disziplinarverfahren wegen anderer, nicht öffentlich bekannter Sachverhalte (inklusive der ruhenden Disziplinarverfahren)?